

Berichte

Rationale Wirtschaftspolitik und Planung in der Wirtschaft von heute

Bericht über die Tagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Hannover (26. 9. bis 29. 9. 1966)

Das Generalthema der diesjährigen Tagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften umspannte in seiner allgemeinen Formulierung einen weiten Bereich. Dementsprechend beschränkten sich die Referate und Diskussionen keineswegs auf die naheliegende und gerade in der Gegenwart so viel diskutierte Frage nach Berechtigung, Zweckmäßigkeit und Umfang staatlicher Planung in der Marktwirtschaft. Selbst am ersten Tag, als mit den Referaten von Helmut *Arndt* (Die Planung als Problem der Marktwirtschaft) und W. Adolf *Jöhr* (Planung als Mittel rationaler Wirtschaftspolitik in der Marktwirtschaft?) dieses Thema direkt angesprochen wurde, stand es nicht im Mittelpunkt. Das Interesse konzentrierte sich vielmehr auf das dritte Referat des Tages (Herbert *Giersch*: Rationale Wirtschaftspolitik in der pluralistischen Gesellschaft), was seinen sinnfälligen Ausdruck darin fand, daß von den drei Diskussionskreisen zu den vorangegangenen Referaten der Diskussionskreis Giersch das Gros der Tagungsteilnehmer anzog. Dazu mag neben dem temperamentvollen und engagierten Vortrag besonders die Aktualität der angesprochenen wirtschaftspolitischen Probleme der Bundesrepublik beigetragen haben.

Der zweite Tag brachte vormittags eine Spezialisierung auf die Planungsaufgaben und Planungsmöglichkeiten in zwei ausgewählten Tätigkeitsbereichen der öffentlichen Hand (Fritz *Neumark*: Planung in der öffentlichen Finanzwirtschaft; Hans K. *Schneider*: Plankoordination in der Regionalpolitik). Die Weite des Themas erlaubte es auch, betriebswirtschaftliche Aspekte der Planung zu untersuchen. Das geschah am Nachmittag in den Referaten von Erich *Kosiol* (Das Planungsproblem in der Unternehmung) und von Horst *Albach* (Koordinationsprobleme im Planungsprozeß der Großunternehmung). Die Planung in den östlichen Zentralverwaltungswirtschaften und die gegenwärtigen Reformbestrebungen in diesen Ländern standen als